



To go für die Tonne

Einwegbecher vermüllen Berlin – was Initiativen dagegen tun. Seite 11

Foto: imago/Westend61

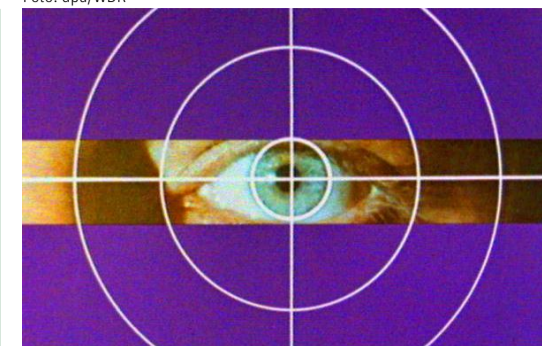
Zocken als Goldgrube

In Südkorea machten viele Videospiele ihre Leidenschaft zum Beruf. Seite 20

Mord zum Sonntag

1000 Mal »Tatort« – Matthias Dell blickt zurück. Seite 3

Foto: dpa/WDR



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 14. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 266

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Geisterfahrer Schäuble

Kurt Stenger über die Pläne zur Autobahn-Teilprivatisierung

Es ist eigentlich eine ganz einfache Rechnung: Wenn der Staat weiter die Kosten für Bau und Instandhaltung der Autobahnen trägt, ist dies dank der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken ein preiswerter Finanzierungsweg. Wenn man jedoch Versicherungen und Fondsgesellschaften ins Boot holt, wird dies angesichts hoher Renditeerwartungen ein teures Vergnügen. Dennoch plädiert der Bundesfinanzminister für letzteres – und macht nun Ernst: Nach dem Willen von Wolfgang Schäuble soll fast die Hälfte der Anteile der im Zuge der Länderfinanzreform geplanten Bundesfernstraßengesellschaft privatisiert werden. Nun zeigt sich auch, warum die Bundesregierung an der ebenso unbeliebten wie juristisch fragwürdigen Pkw-Maut festhält. Es geht eben nicht nur darum, einige CSU-Politiker bei der Stange zu halten, sondern auch um künftige Einnahmen für private Investoren – bzw. die Altersversorgung der Kunden von Lebensversicherungen und Privatrentenverträgen.

Nicht nur rein rechnerisch wäre die Autobahnprivatisierung der schlechteste Weg. Auch würde sich der Staat ohne Not eine mächtige Hürde für die Verkehrswende in den Weg stellen, die man im Klimaplan gerade festgeschrieben hat. Es geht künftig nicht um mehr profitabile Autobahnen zum Wohle privater Investoren, sondern um Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf die Schiene. Insofern betätigt sich Finanzminister Schäuble gerade als Geisterfahrer.

UNTEN LINKS

Nicht tot zu sein, ist für die meisten Menschen grundsätzlich eine recht angenehme Sache. Allzu leicht wird jener Zustand allerdings, gerade in jungen Jahren, für selbstverständlich erachtet. Statt sich des Lebens zu erfreuen, wird über die Schule gemeckert, eine Leidensmiene aufgesetzt und die schlechte Laune über Wochen kultiviert. Wer dagegen bereits einmal tot war und plötzlich wieder über eine bunte Blumenwiese spazieren oder das Meerschweinchen der Schwester jagen kann, dem erschließt sich die ganze Herrlichkeit des Lebens. Dank Facebook machten zwei Millionen auf einen Schlag diese fantastische Erfahrung, unter ihnen sogar Konzerngründer Mark Zuckerberg. Sie leben wieder, nachdem sie am Freitag plötzlich tot und auf ihren Facebook-Seiten Gedenknachrichten zu lesen waren. »Ich bin nicht tot. Und meine Freunde auch nicht« – mit solcherlei Worten der Verblichenen nahm das Wunder der Wiederauferstehung seinen Anfang. Sicherheitshalber auf Twitter. *rst*

Angst vorm weißen Mann

Die Anhänger Trumps sind bereits angetreten. Studien erklären, wer sie sind



Kalifornische Anhänger Trumps

Foto: Reuters/Sandy Huffaker

Berlin. Bisher ist es nur ein Eindruck, dass nach dem Wahlsieg von Donald Trump rassistische Vorfälle in den USA häufiger geworden sind. Doch den teilen Medienberichten zufolge viele. Eine Schwarze wird von einem Weißen aufgefordert, den Bürgersteig zu verlassen; eine Frau, die für eine Mexikanerin gehalten wird, erzählt von wüsten Beschimpfungen, eine muslimische Studentin wird belästigt, Schulkinder krakeelen: »Build that wall!« (Baut die Mauer!), Hakenkreuzschmierereien finden sich ebenso wie die Parole »Make America white again«. Der Gedanke liegt nahe, dass sich die Anhänger Trumps mit der Aussicht auf die

Realisierung von dessen Wahlversprechen – Ausweisung von Menschen ohne Papiere, Einreiseverbot für Muslime, Mauerbau an der Grenze zu Mexiko – bestärkt fühlen, ihrer Menschenverachtung freien Lauf zu lassen.

Am Wochenende protestierten in New York und anderen Städten wieder Zehntausende gegen den zukünftigen Präsidenten, der die zügige Abschiebung von drei Millionen Menschen ankündigte. Insgesamt rund elf Millionen ohne Papiere, meist aus Lateinamerika, müssen befürchten, in Länder abgeschoben zu werden, an die sie unter Umständen noch nicht einmal Erinnerungen haben. »Es ist, als ob ich

keine Heimat hätte«, erzählt eine junge Frau, die als Kleinkind in die USA kam, der Nachrichtenagentur AFP. »Ich bin eine Fremde in dem einzigen Land, das ich kenne.«

Gegen Migration vorzugehen, ist erstes Anliegen der Befürworter Trumps, dann erst gegen Armut. Studien zufolge sind sie auch selbst nicht so arm und abgehängt, wie häufig vermutet: Männlichkeit, Religiosität, Militärdienst, weiße Hautfarbe und das Leben in einer diesbezüglich homogenen Umgebung sind die fünf Faktoren mit dem statistisch stärksten Einfluss auf eine positive Bewertung von Donald Trump. *rst* Seiten 4, 7, 8, 10 und 17

Bestrafte Kinder

Jobcenter kürzen Zehntausenden Familien die Hartz-IV-Zahlungen

In Deutschland bestrafen die Ämter 2015 monatlich rund 43 000 Hartz-IV-Bezieher mit Kindern durch Geldentzug. Einigen wurden die Leistungen sogar komplett gestrichen.

Von Eva Roth

»Familien brauchen finanzielle Unterstützung. Familienförderung ist keine soziale Wohltat, sondern ein gerechter Ausgleich für die enormen Leistungen, die die Familien erbringen.« So steht es im Parteiprogramm der regierenden CDU. Nun lässt sich darüber streiten, wie familienfreundlich die Politik der CDU tatsächlich ist. Eltern, die Hartz IV beziehen, können jedenfalls nicht mit besonderer Unterstützung rechnen.

Die staatlichen Zuwendungen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind sehr knapp bemessen, das gilt für Bürger mit und ohne Kinder. Und wenn Hartz-IV-Empfänger ihre sogenannten Pflichten nicht erfüllen, werden sie mit Geldent-

zug bestraft. Auch das gilt für Menschen mit und ohne Kinder. Im vorigen Jahr gab es jeden Monat durchschnittlich rund 132 000 Hartz-IV-Bezieher, die mit Sanktionen belegt wurden. Etwa weil sie nicht zu einem Termin beim Jobcenter erschienen waren oder ein Arbeitsangebot abgelehnt hatten. Unter den Bestraften waren monatlich 42 700 Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die mit Kindern in einem Haushalt lebten. Das zeigt eine Sonderauswertung von Daten der Bundesagentur für Arbeit für das Kooperationsprojekt »O-Ton Arbeitsmarkt«. Die Daten sollen am Montagmittag veröffentlicht werden und liegen dem »neuen deutschland« bereits vor.

Demnach gab es im vorigen Jahr monatlich 2600 Hartz-IV-Empfänger mit Kindern, die gar keine Zahlungen mehr erhielten – darunter 220 Alleinerziehende. In den Fällen würden den Betroffenen auch Miet- und Heizkosten nicht mehr erstattet. Diese Kürzung müsste aber durch eine ent-

sprechend höhere Zahlung an die anderen Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden, weil ansonsten eine rechtswidrige Sippenhaftung entstünde, erläutert Stefan Sell, Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung der Hochschule Koblenz.

»Familien brauchen finanzielle Unterstützung. Familienförderung ist keine soziale Wohltat ...«

CDU-Grundsatzprogramm

Sein Institut ist am Projekt »O-Ton Arbeitsmarkt« beteiligt, das Hintergrundinformationen zum Jobmarkt liefert. Der Sozialforscher erläutert: Ab einer 30-prozentigen Kürzung der Leistungen müsse das Jobcenter Lebensmittelgutscheine ausgeben, wenn minderjährige Kinder im Haushalt leben.

Die Zahl der bestrafte Arbeitslosengeld-II-Bezieher war zuletzt deutlich höher als vor einigen Jahren: 2007 hatten die Behörden 1,7 Prozent aller Hartz-IV-Empfänger mit Kindern die Mittel gekürzt. Der Anteil stieg beständig, erst in jüngster Zeit ging er wieder leicht zurück. Im vorigen Jahr lag die Quote mit 2,3 Prozent aber immer noch deutlich höher als acht Jahre zuvor.

Stefan Sell hält die Sanktionspraxis der Jobcenter prinzipiell für fragwürdig. Bei der staatlichen Grundsicherung gehe es um ein Grundrecht auf Gewährleistung des Existenzminimums. »Wie kann das unterschritten oder gar vollständig entzogen werden?« Es werde Zeit, dass das Bundesverfassungsgericht abschließend kläre, ob die Sanktionen zulässig sind, sagte Sell dem »nd«.

Für eine Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen sprechen sich die Grünen und die Linkspartei aus. SPD und CDU/CSU halten an den Strafen fest.

Gedankenspiele über Privatisierung von Autobahnen

Minister Schäuble lobt Beispiele der Telekom und der Post

Berlin. Die Große Koalition streitet über eine Beteiligung privater Investoren beim Bau und Betrieb von Autobahnen. Bund und Länder hätten im Oktober bei der Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen vereinbart, Bau und Betrieb von Bundesstraßen und Autobahnen an eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft auszulagern. Notwendig für die Gründung dieser Gesellschaft ist eine Grundgesetzänderung: Künftig würde der Bund allein für Bundesstraßen und Autobahnen zuständig sein und nicht mehr zusammen mit den Ländern. Dafür soll der Artikel 90 geändert werden.

Dem »Spiegel« zufolge ist vorgesehen, bis zu 49,9 Prozent an der künftigen Gesellschaft an private Investoren zu veräußern. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) äußerte demnach im Haushaltsausschuss, die Privatisierungen von Telekom und Post in den neunziger Jahren hätten gezeigt, dass dieser Weg vorteilhaft wäre. *AFP/nd* Seite 5

Bogota: Neuer Anlauf zum Frieden

Regierung und FARC-Rebellen einigen sich auf verbesserten Vertrag

Havanna. In Kolumbien haben sich Regierung und FARC-Guerilla sechs Wochen nach dem gescheiterten Referendum auf einen neuen Friedensvertrag geeinigt. Der Text enthalte Änderungen und berücksichtige Vorschläge verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, teilten beide Seiten am Samstagabend (Ortszeit) in Havanna der Zeitung »El Tiempo« zufolge mit. »Wir haben einen neuen Vertrag für alle erreicht«, sagte Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos. Zu den wichtigsten Änderungen gehöre eine bessere Entschädigung der Opfer. Der über vier Jahre verhandelte Vertrag war in einer Volksabstimmung am 2. Oktober mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Er sollte mehr als 50 Jahre Bürgerkrieg beenden. Der neue Vertrag solle die Kolumbianer vereinen und nicht auseinanderreiben, sagte Santos. Dafür traf er sich auch mit dem Anführer des »No«-Lagers, dem konservativen Ex-Präsidenten Álvaro Uribe. Santos kann das Abkommen nun vom Parlament absegnen lassen. *epd/nd* Seite 7

Grüne entscheiden sich für Soziales

Parteitagsvotum für Vermögensteuer

Münster. Die Grünen ziehen mit dem Ziel einer Vermögensteuer in den Bundestagswahlkampf 2017. Dies beschloss ein dreitägiger Parteitag in Münster. Die Grünen wollten damit der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, heißt es im beschlossenen Leit-antrag. Eine neue Erbschaftsteuer solle nur entwickelt werden, falls das Bundesverfassungsgericht das Gesetz der Großen Koalition kippen sollte. Die Grünen wollen zudem das Ehegattensplitting abschaffen und einen Kindergeldbonus für Familien mit geringen Einkommen sowie eine Kindergrundsicherung einführen. Gegen den Willen des Parteivorstandes setzten Parteilinke die Forderung nach Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen durch.

Die Linksparteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping begrüßten die Entscheidungen der Grünen. »Kretschmann mag verloren haben, die Grünen haben damit aber gewonnen. Mögen sie es nicht vergessen«, schrieb Riexinger auf Twitter. CDU-Generalsekretär Peter Tauber warf der Ökopartei hingegen vor, nichts aus »ihren alten Fehlern« gelernt zu haben. *avr* Seiten 2 und 4

ISSN 0323-3375

